

Antrag

der Abgeordneten Bernd Riexinger, Jutta Krellmann, Pascal Meiser, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, Sylvia Gabelmann, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Cornelia Möhring, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Massenentlassungen verhindern – Mitbestimmung ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Stimmung der Beschäftigten, insbesondere in der Automobilindustrie, ist angespannt. Immer neue Nachrichten über Entlassungen, Standortverlagerungen und Auslagerungen in den vergangenen Monaten tragen dazu bei. Das hat nicht immer etwas mit E-Mobilität oder Industrie 4.0 zu tun. Die Corona-Krise wird von den Konzernen missbraucht. Es kann nicht einfach hingenommen werden, dass Standorte, die von den Belegschaften über lange Zeit aufgebaut wurden, seitens des Managements in Frage gestellt werden. Es darf kein Umbau bzw. keine Transformation der Wirtschaft, insbesondere der Automobilindustrie, auf dem Rücken der Belegschaften geben. Die produktive Arbeit und das Wissen der Beschäftigten in der Industrie ist eine Grundlage für ein sozial gerechtes und klimagerechtes Wohlstandsmodell der Zukunft. Die Beschäftigten und ihre Betriebsräte brauchen daher umfassende wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte in den Betrieben über die bestehenden Regelungen hinaus. Sie haben ein Recht, über ihre Zukunft wirksam mitzuzentscheiden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf mit dem Ziel, Massenentlassungen zu verhindern, vorzulegen, in dem Beschäftigte und ihre Betriebsräte in allen wichtigen, ihren Betrieb betreffenden Fragen zwingende Mitbestimmungsrechte erhalten, insbesondere bei Betriebsänderungen, Standortänderungen und Entlassungen sowie die Gestaltung der Arbeitsplätze und der Arbeitsorganisation.

Berlin, den 23. Februar 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

